

Newsletter aus Brüssel

04.3.2016, Ausgabe 13

IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- EU-Sonderausschuss zum Abgasskandal konstituiert sich
- Handel mit Konfliktmineralien – Eine Frage der Verantwortung
- Öffentliche Anhörung zu RDE-Testverfahren im Umweltausschuss
- Reformen des EU-Emissionshandels – Nicht zu Lasten der Beschäftigten
- Zukunft der deutschen Bahnindustrie – Nur mit EU-weitem Gesamtkonzept

EU-Sonderausschuss zum Abgasskandal konstituiert sich

Der Untersuchungsausschuss des EU-Parlamentes zu Emissionsmessungen in der Automobilbranche (EMIS) hat am 2. März 2016 seine Führungsspitze gewählt und beginnt mit der Ermittlungsarbeit.

Die Europaabgeordneten des Sonderausschusses EMIS ernannten die belgische Sozialdemokratin Kathleen van Brempt zu ihrer Vorsitzenden. Nun hat der Ausschuss ein Jahr Zeit, um die Hintergründe des Abgasskandals zu prüfen. Der Ausschuss richtet sich dabei nicht gegen einzelne Hersteller, sondern soll klären, welche Fehler auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten gemacht wurden. Das Gremium wird dabei auch überprüfen, ob die EU-Kommission und nationale Behörden bereits von den manipulierten Abgastests wussten, bevor der Skandal bekannt wurde. Der verkehrspolitische Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, Ismail Ertug, betonte, der Ausschuss werde Lücken und Schwachstellen in den bestehenden Regelungen aufspüren und Nachlässigkeiten von Behörden in den Mitgliedstaaten sowie fehlender Kontrolle seitens der EU-Kommission auf den Grund gehen.

- [Weitere Informationen zum Sonderausschuss EMIS](#)
-

Handel mit Konfliktmineralien – Eine Frage der Verantwortung

Das IG Metall EU-Verbindungsbüro lud in Kooperation mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund und der Österreichischen Bundesarbeiterkammer am 23. Februar 2016 ein zu der hochrangigen Diskussionsveranstaltung: "Fairer Handel für menschenwürdige Arbeit – Konfliktmineralien in globalen Lieferketten".

Zur Herstellung vieler Verbrauchsgüter, u.a. in der Automobil-, Elektronik- und Maschinenbauindustrie, benötigt man Mineralien wie Zinn, Tantal, Wolfram und Gold. Die Bodenschätze werden aber häufig illegal und außerhalb staatlicher Kontrolle in humanitären Krisenregionen abgebaut. Um die Produktion dieser "Konfliktmineralien" einzudämmen, hatte die EU-Kommission einen Verordnungsvorschlag für ein EU-weites Selbstzertifizierungssystem von Importeuren vorgelegt. Unternehmen sollen demnach auf freiwilliger Basis importierte Mineralien auf ihre Herkunft überprüfen und ausschließlich zertifizierte Rohstoffe in ihrer Produktion verwenden. Das EU-Parlament stellt die Effektivität eines auf Freiwilligkeit basierenden Systems allerdings in Frage und fordert eine verbindliche Regelung. Die EU-Mitgliedstaaten wehren sich vehement gegen einen solchen Ansatz.

Der Vorsitzende des EU-Handelsausschusses, Bernd Lange, berichtete den 120 Gästen der Diskussionsveranstaltung in Brüssel von den schwierigen Verhandlungen zur Kompromissfindung. Im Podiumsgespräch mit Vertretern von Kommission, Gewerkschaften und Wissenschaft sowie dem auf Nachhaltigkeit setzenden Smartphone-Herstellers Fairphone bekräftigte der Europaabgeordnete: "Selbstkontrolle reicht nicht. Wir brauchen ein verpflichtendes System. Das Europäische Parlament wird für eine faire Regulierung kämpfen." Glen Mpuwane vom internationalen Industriegewerkschaftsbund IndustriALL Global steuerte Erfahrungen aus der Praxis bei und bestätigte, dass menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten strenger Regulierung bedarf. Dass der Verzicht auf Konfliktmineralien keinen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit bedeuten muss, beweist Fairphone: Mehr als 60.000 Mobiltelefone hat das soziale Unternehmen bereits verkauft. Noch lassen sich allerdings nicht alle Einzelteile eines Smartphones fair herstellen, so Monique Lempers, Direktorin bei Fairphone. Die IG Metall unterstützt das Unternehmen mittels Kooperation und Expertise bei dem Ziel, ein vollständig nachhaltiges und fair produziertes Produkt auf den Markt bringen zu können.

- [Vortragsfolien zu "Konfliktmineralien" von Prof. Bleischwitz, UCL, 23.2.16](#)
- [Weitere Informationen zu Fairphone](#)
- [Interview der IG Metall zur Kooperation mit Fairphone](#)

Öffentliche Anhörung zu RDE-Testverfahren im Umweltausschuss

Am 23. Februar 2016 diskutierten Europaabgeordnete des Umweltausschusses mit Vertretern aus Wissenschaft, Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden sowie der Automobilindustrie über Testverfahren zur Abgasprüfung bei PKW.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Anhörung standen die technologischen Entwicklungen zur Abgasreduzierung und die Unterschiede zwischen europäischen und US-amerikanischen Abgasmessungen. Mehrere Europaabgeordnete übten scharfe Kritik an den geplanten

EU-weiten Testverfahren unter realen Fahrbedingung (Real-Driving-Emissions – RDE). So wie vorgeschlagen seien sie zu vorhersehbar und leicht zu umgehen. Zu einer effektiven Überprüfung nach US-amerikanischem Vorbild fehle es der EU momentan zudem an Ressourcen. Der Generalsekretär des europäischen Dachverbandes der Automobilindustrie (ACEA) sprach sich generell für RDE und für notwendigen Verbesserungen der Messinstrumente aus. Er wies darauf hin, dass noch zwei EU-Gesetzespakete zu RDE ausstehen, u.a. für den Bereich Nutzfahrzeuge. Das EU-Parlament hat bislang zwei der insgesamt vier vorgeschlagenen Gesetzespakete zur Regulierung der RDE-Tests angenommen. Ende 2016 will die EU-Kommission über den dritten Teil der Rechtsakte mit Vertretern der Mitgliedsstaaten im technischen Ausschuss für Kraftfahrzeuge verhandeln, Anfang 2017 abschließend über den vierten Teil. Bis Ende 2019 sollen die neuen Regeln vollständig umgesetzt sein.

- [Programm und Präsentationen der öffentlichen Anhörung zu RDE](#)
-

Reformen des EU-Emissionshandels – Nicht zu Lasten der Beschäftigten

Am 18. Februar 2016 fand im EU-Parlament eine öffentliche Anhörung zum Emissionshandel statt. Vertreter der Stahlbranche kritisierten die von der EU geplante Reform.

Mit höheren Preisen für insgesamt weniger "Verschmutzungsrechte" soll die Industrie in Europa ab 2020 im Rahmen des Emissionshandelssystems (EHS) zu mehr Klimaschutz bewegt werden. Bei einer öffentlichen Anhörung im Umweltausschuss hatten nun Vertreter von Industrie, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen die Gelegenheit, den Abgeordneten sowie Vertretern der Kommission und des Rates ihre jeweiligen Positionen zur geplanten EHS-Reform zu erläutern. Die Stahlindustrie ist die am härtesten von den Änderungen betroffene Branche. Ein Vertreter von EUROFER, dem Wirtschaftsverband der europäischen Eisen- und Stahlindustrie, betonte, dass die Stahlbranche bereits massiv unter der Billigstahl-Konkurrenz aus China leide und die geplante EHS-Reform die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zusätzlich belaste. Er forderte daher eine vollständig kostenfreie Zuteilung der Zertifikate für die zehn Prozent CO₂-effizientesten Anlagen.

Der Wettbewerbsrat vom 29. Februar 2016 bekräftigte notwendige Sofortmaßnahmen der EU-Institutionen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der Arbeitsplätze in der Branche.

Die IG Metall spricht sich klar für klimapolitische Maßnahmen in der Stahlindustrie aus und befürwortet daher generell eine Reform des EHS. Die IG Metall betont jedoch, dass Arbeitsplätze im internationalen Wettbewerb nicht durch übermäßige Kostenbelastung gefährdet werden dürfen. "Ein neues EHS muss klima-, industrie- und beschäftigungspolitische Aspekte gleichgewichtig berücksichtigen", fordert Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und zuständig für Industriepolitik.

- [Programm und Präsentationen der öffentlichen Anhörung zum EHS](#)
 - [Ratsschlussfolgerungen zur Europäischen Stahlindustrie](#)
 - [Erklärung der IG Metall und der Wirtschaftsvereinigung Stahl zum EHS](#)
-

Zukunft der deutschen Bahnindustrie – Nur mit EU-weitem Gesamtkonzept

Am 17. Februar 2016 lud die IG Metall gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Handelsausschusses, Bernd Lange, ein zu einem "industriepolitischen Frühstück" im EU-Parlament. Thema der Debatte mit Europaabgeordneten, Gewerkschaftsvertretern und Betriebsräten war die Zukunft der europäischen Bahnindustrie.

In seinem Eröffnungsstatement erläuterte Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandmitglied der IG Metall, die Bedeutung der Bahnindustrie. Sie biete gute Arbeitsplätze und sei sowohl klima- als auch industriepolitisch von starker Relevanz für die EU. Lemb sprach sich für den Erhalt der gesamten Wertschöpfungskette der europäischen Bahnindustrie aus.

Die anwesenden Betriebsräte untermauerten dies mit der Darstellung betrieblicher Beispiele. Sie machten deutlich, dass die aggressive Strategie chinesischer Anbieter auf den Weltmärkten massiv Arbeitsplätze in Deutschland und Europa gefährden. Die Betriebsräte forderten ein Gegensteuern nationaler und europäischer Politik, um das Ausbluten europäischer Standorte zu verhindern. Außerdem müssten schnell Forschungsmittel für hochinnovative Technologien der Bahnindustrie bereitgestellt werden, die auch in anderen Branchen und im Sinne nachhaltiger Technologien angewendet werden können, beispielsweise im Bereich der Batterieladetechnik. Wolfgang Lemb machte auch anlässlich dieses Treffens erneut deutlich, dass der EU nach wie vor eine übergeordnete industriepolitische Strategie fehle. Er betonte: "Die EU braucht ein industriepolitisches Gesamtkonzept, wobei der Bahnindustrie ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Nur so kann diese Branche als hochinnovativer und nachhaltiger Industriezweig in Deutschland und Europa gehalten – und die Arbeitsplätze erhalten werden."

Herausgeber: IG Metall Vorstand

V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb

Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*

International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels

Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand